



In Gedenken an Berta Cáceres: Die Umweltaktivistin und Gründerin des *Rats Indigener und ziviler Organisationen aus Honduras (COPINH)* wurde 2016 für ihren Widerstand gegen ein Wasserkraftprojekt ermordet. 2019 wurden mehrere der Mörder verurteilt, Anfang Februar 2025 folgte die Verurteilung eines weiteren Täters. Doch laut COPINH bleiben einige mächtige Drahtziehende ungestraft. Nun soll eine Expertinnenkommission den Mord untersuchen und für Gerechtigkeit sorgen. Berta steht stellvertretend für viele Menschen, die ihr Leben für die Rechte ihrer Gemeinschaften riskieren. PBI setzt sich dafür ein, dass die von Extraktivismus betroffenen Gemeinden weiterhin unterstützt werden. Denn die Stimmen der Indigenen Gemeinschaften müssen gehört werden: Ganz nach dem Motto „Berta vive“ – Berta lebt.

Abonnieren Sie unseren Newsletter



MENSCHEN. RECHTE. SCHÜTZEN.



„Ich wünsche mir eine Gesellschaft, in der alle Menschen sicher sind und keine Angst vor Polizeigewalt haben müssen.“

**PERPETUA KARIUKI,
KAYOLE COMMUNITY JUSTICE
CENTRE IN NAIROBI, KENIA**

SCHUTZ DURCH INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Weltweit setzen sich mutige Menschen trotz Repression und Bedrohung unermüdlich für ihre Rechte ein. PBI steht solidarisch an ihrer Seite: Auf Einladung betroffener lokaler Gruppen, leisten unsere internationalen Freiwilligenteams physischen Schutz und schaffen so sichere Räume für gewaltfreien Widerstand und gesellschaftlichen Wandel.

Seit über 40 Jahren begleitet PBI Menschen und Organisationen, die für Gerechtigkeit kämpfen. Durch unser globales Advocacy-Netzwerk mit Kontakten zu Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft stärken wir die Sichtbarkeit und Sicherheit der Begleiteten. Ihre Stimmen müssen gehört werden, denn ihr Einsatz betrifft uns alle.

FINANZEN

PBI finanziert sich durch Spenden sowie öffentliche und private Zuschüsse. Ungefähr 2,1 Mio. Euro wurden an Fördergeldern und Spenden akquiriert. Davon gingen etwa 1,6 Mio. Euro an PBI-Büros im Ausland. Für Aktivitäten in Deutschland, einschließlich des Bildungsprojekts, zeichnen sich Ausgaben in Höhe von rund 500.000 Euro ab. Die endgültigen Zahlen sind nach Prüfung im Jahresbericht 2024 auf unserer Webseite einsehbar.

Liebe Unterstützer:innen, Begleitung auch im Exil
Wir blicken mit großer Sorge auf die globale Menschenrechtslage: Korrupte und rechtskonservative Regierungen sowie profitorientierte Konzerne untergraben zunehmend grundlegende Menschenrechte. PBI steht solidarisch an der Seite all jener, die inmitten dieser Konflikte für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen. In acht Ländern setzen wir uns aktiv für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen (MRV) ein, damit sie ohne Angst vor Repression für Landrechte, Umweltschutz und die Rechte marginalisierter Gruppen eintreten können. Doch der Weg zu einer gerechten Welt ist noch lang – und wir gehen ihn gemeinsam.

Dank Ihrer Spende konnten wir auch 2024 Räume schaffen, in denen Hoffnung für eine gerechtere Welt entsteht.

In Honduras waren MRV im Jahr 2024 massiven gewaltsamen Übergriffen ausgesetzt, die meist strafflos blieben. Besonders betroffen war der Bezirk Tocoa, wo Umweltverteidiger:innen ihre Flüsse vor den zerstörerischen Folgen eines Bergbauprojekts schützen. Im Vorjahr wurden drei Gemeindeglieder ermordet, in 2024 erschoss man den Umweltverteidiger Juan López. PBI begleitete die Betroffenen und setzte sich für ihren Schutz sowie die Aufklärung der Angriffe ein.

Zum zehnjährigen Bestehen von PBI Honduras erschien eine umfassende Publikation über den Einsatz begleiteter Menschenrechtsverteidiger:innen. Eine zentrale Stimme darin gehört der LGBTQIA+-Organisation Arcoíris, deren Sicherheit durch Workshops, psychosoziale Unterstützung und eine Delegationsreise nach Europa verbessert werden sollte. Besonders geehrt wurde Muñecas de Arcoíris, eine Gruppe von Transfrauen innerhalb der Organisation, die für ihren mutigen Einsatz mit dem Front Line Defenders Award ausgezeichnet wurde.

In Nicaragua ließen die Repressionen unter Machthaber Daniel Ortega und seiner Frau Rosario Murillo nicht nach. Zwar wurden mehr als hundert politische Gefangene freigelassen, doch als Bedingung verloren sie die nicaraguanische Staatsbürgerschaft und wurden ins Exil gezwungen. Ein Verbot von über 1600 Nichtregierungsorganisationen führte dazu, dass zivilgesellschaftliches Engagement nun beinahe unmöglich ist. Dabei erstreckt sich die Bedrohung und Verfolgung von Aktivist:innen mittlerweile über die Landesgrenzen hinweg.
Umso bedeutender war die offizielle Registrierung von PBI als Verein in Costa Rica, die der Organisation mehr Legitimität verlieh und ein eigenständiges Fundraising ermöglichte. So unterstützt PBI Exil-Nicaraguaner:innen dabei, sichere Räume für ihre Menschenrechtsarbeit zu schaffen und Netzwerke zu etablieren, die ihnen langfristig bei ihrer Arbeit behilflich sein werden. Trotz begrenzter Finanzen ist es gelungen, die laufende Unterstützung von MRV beizubehalten und sogar zu erweitern. Viel Energie floss in die Advocacy-Arbeit zur regelmäßigen Überprüfung der Menschenrechtslage, die der UN-Menschenrechtsrat alle viereinhalb Jahre in den Mitgliedsstaaten durchführt.

„Land ist für uns mehr als irgendein Gebiet. Es ist unsere Heimat, unsere Lebensgrundlage – der Ort, an dem wir geboren werden, leben und sterben.“

**HOLMER PEREZ,
BÄUERLICHE ORGANISATION ASCAMCAT,
CATATUMBO, KOLUMBIEN**



VIELEN DANK!

Eine PBI-Freiwillige begleitet die Friedensgemeinschaft von San José de Apartado in Kolumbien zu einem Hof, auf dem Gemeinschaftsarbeit geleistet wird.

ADVOCACY: IM EINSATZ FÜR POLITISCHE VERÄNDERUNGEN

Gespräche mit politischen Entscheidungsträger:innen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie das Engagement in verschiedenen Menschenrechtsnetzwerken bilden das Fundament unserer Advocacy-Arbeit.

Im Jahr 2024 begrüßte PBI Menschenrechtsverteidiger:innen (MRV) aus Guatemala, Honduras, Kenia, Kolumbien und Mexiko in Deutschland. Neben ihrem Schutz standen Themen wie Frauen- und LGBTQIA+-Rechte, das gewaltsame Verschwindenlassen sowie Umwelt- und Klimaschutz im Fokus.

Drei von PBI begleitete MRV nahmen am ZFD-Fachaustausch zum Thema „Environmental Peacebuilding“ teil. Fünf weitere Aktivist:innen machten bei der Women Human Rights Defenders Advocacy Week in Genf ihre Anliegen international sichtbar.

Darüber hinaus begleitete PBI den Journalisten und MRV Carlos Choc Chub während seines sechsmonatigen Aufenthalts in Hamburg. Im Rahmen politischer Treffen und öffentlicher Veranstaltungen berichtete er über die politische Situation in Guatemala sowie die Herausforderungen, mit denen MRV im Umwelt- und Klimaschutz konfrontiert sind.

Kolumbiens Bevölkerung leidet seit über 50 Jahren unter Auseinandersetzungen bewaffneter Gruppen. Trotz Bemühungen der Regierung von Gustavo Petro, den Friedensvertrag von 2016 entschiedener umzusetzen und Verhandlungen mit bewaffneten Gruppen zu führen, bleiben viele Vereinbarungen unerfüllt. Ein bedeutendes Urteil des Verfassungsgerichts erkannte schwere Menschenrechtsverletzungen an MRV an und bekräftigte ihr Recht auf Schutz. Doch die Situation bleibt durch Straflosigkeit, Korruption und Gewalt weiterhin instabil.

Das 30-jährige Bestehen von PBI Kolumbien unterstreicht, dass Frieden ein langfristiger Prozess ist und PBI als verlässliche Schutzpartnerin von den MRV geschätzt wird. Ein wichtiger Erfolg bleibt der unermüdliche Einsatz der Zivilgesellschaft für sozialen, ökologischen und gerechten Frieden. Die von PBI begleitete Fischer:innen-Organisation FEDEPESAN wurde dafür sogar mit dem ai-Menschenrechtspreis ausgezeichnet.

Korruption hemmt Reformen

Das Jahr weckte neue Hoffnungen für die Zivilgesellschaft in Guatemala. Nach heftigen innenpolitischen Machtkämpfen trat der progressive Bernardo Arévalo im Januar die Präsidentschaft an – trotz massiver Widerstände der alten Elite, angeführt von einer umstrittenen Generalstaatsanwältin. Doch die Umsetzung seiner Re-

formen, insbesondere im Kampf gegen Korruption, verlief schleppend. Das von Machtmissbrauch durchsetzte Justizsystem blockierte die Regierung und begünstigte Militär, Politik und Wirtschaft.

PBI beobachtet mit Sorge die anhaltende Krise in Sachen Rechtsstaatlichkeit, die sowohl die Aufarbeitung der Verbrechen des jahrzehntelangen Konflikts als auch den Kampf gegen die Kriminalisierung von MRV erschwert. 2024 unterstützte PBI Indigene Gemeinschaften, die besonders im Norden Guatemalas von gewaltsamen Vertreibungen betroffen sind.

Schwere Gewalt gegen MRV

Die Menschenrechtslage in Kenia war im letzten Jahr von Protesten geprägt, die sich gegen eine Steuererhöhung richteten. Durch den massiven Einsatz von Gewalt gegen Demonstrierende standen bald Korruption und Polizeigewalt im Fokus. Über 80 Personen, die öffentlich Kritik äußerten, verschwanden spurlos. Zum Höhepunkt der Proteste kam Perpetua Kariuki, eine Aktivistin des Kayole Community Justice Center (siehe Zitat oben) zu Besuch nach Europa, um über Polizeigewalt zu informieren und sich für das internationale Abkommen gegen das gewaltsame Verschwindenlassen einzusetzen.

Diese Ereignisse unterstreichen die wichtige Arbeit von Menschenrechtsorganisationen: Gemeinsam mit mehreren Gemeinschaftszentren in Nairobi, arbeitet PBI an einem besseren Verhältnis zwischen Bevölkerung und staatlichen Einsatzkräften. PBI unterstützt auch ein Netzwerk, das sich gegen Gewalt an Frauen und Kindern engagiert. 2024 veröffentlichte es ein Fotobuch, das den gemeinsamen Weg der Engagierten über die vergangenen acht Jahre hinweg dokumentiert.

Druck auf Zivilgesellschaft wächst

In Indonesien wurde der rechtskonservative General Prabowo zum Präsidenten gewählt. Er bildete eine große, nahezu oppositionslose Koalition. Im Wahlkampf dominierten trotz seiner belasteten Vergangenheit Wirtschaft- und Wohlstandsthemen. In Westpapua sorgte seine Wahl für Entsetzen, da eine verstärkte Militarisierung und wirtschaftliche Ausbeutung der Region drohen. Der Konflikt eskalierte mit Militäreinsätzen, über 60.000 Binnenvertriebenen und massivem Druck auf Medien und Zivilgesellschaft.

Trotz der angespannten Lage setzte PBI einige Maßnahmen um: Sicherheitstrainings, Vernetzungstreffen, Beiträge für den UN-Menschenrechtsrat und eine Advocacy-Reise nach Europa zum Thema Lieferketten-gesetz. Auch die Zusammenarbeit mit der neuen Partnerorganisation PUSAKA wurde erprobt. Zwei neue ZFD-Fachkräfte reisten Ende des Jahres aus und übernahmen unter schwierigen Bedingungen Verantwortung für die Projektorganisation.

Stärkung von MRV trotz Hürden

Die Lage in Nepal blieb 2024 instabil und war geprägt von Regierungswechseln, der Diskriminierung von LGBTQIA+-Personen und Angriffen auf Aktivist:innen. Dennoch gab es Fortschritte in der Aufarbeitung vergangener Menschenrechtsverletzungen: Das Parla-

ment verabschiedete lang geforderte Reformen zum gewaltsamen Verschwindenlassen, die Betroffenenorganisationen jedoch als unzureichend kritisieren. Dank der engen Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen konnte PBI trotz bürokratischer Hürden, wie fehlender Projektgenehmigungen, bedeutende Fortschritte erzielen. So wurden Peer-Lerngruppen und Workshops zur Stärkung insbesondere weiblicher MRV erfolgreich umgesetzt. Zudem begleitete PBI Nepal eine Delegation des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, um Einblicke in die Arbeit der Partnerorganisationen zu ermöglichen.

Gefährlicher Kampf um Wahrheit

Politisch motivierte Gewalt in Mexiko ist allgegenwärtig. Die Präsidentschaftswahlen, aus denen Claudia Sheinbaum 2024 als Siegerin hervorging, waren von Unruhen überschattet – über 30 Lokalpolitiker:innen wurden ermordet. Die neue Regierung versprach den Einsatz für Klimaschutz sowie den Kampf gegen Klassismus, Machismus und Rassismus. Doch tiefgreifende Probleme bleiben ungelöst: Über 100.000 Menschen gelten als verschwunden, die Mordrate gehört zu den höchsten weltweit, die Zahl der Femizide beläuft sich auf zehn Frauen und Mädchen pro Tag. Indigene Gemeinschaften leiden unter der Umweltzerstörung durch transnationale Unternehmen. Mexiko verzeichnet ein Drittel aller Morde an Umweltaktivist:innen in Lateinamerika.

MRVs und Journalist:innen werden für ihre Arbeit kriminalisiert und sind massiven Bedrohungen ausgesetzt. Bisher zeichnet sich keine Verbesserung ab. PBI begleitet insbesondere Indigene-Organisationen sowie Familien verschwundener Personen und setzt sich in politischen Netzwerken für ihren Schutz ein.

BILDUNGSPROJEKT: „GLOBALE VERANTWORTUNG STÄRKEN – KLIMAGERECHTIGKEIT LEBEN“

2024 war ein produktives und wichtiges Jahr für das PBI-Bildungsprojekt. Durch die Zusammenarbeit mit dem Künstler:innen-Netzwerk Wort&Herzschlag und ihrem Theaterstück „Die Klima-Monologe“ entwickelte PBI neue Workshop-Formate. Gemeinsam mit unseren Referent:innen setzten sich die Teilnehmenden intensiv mit Themen wie Klimawandel, Klimagerechtigkeit und globale Verantwortung auseinander.

Beim Fast Forward Future Kongress diskutierten etwa 200 Schüler:innen ihre Visionen für ein nachhaltiges Hamburg und richteten ihre Forderungen direkt an die Politik.

Bildungsreferentin Heike Kammer konnte mit ihrem Puppentheater zu Themen wie Kinderrechte, Diskriminierung und Frieden viele Kinder begeistern.

So können Sie PBI unterstützen

- Spenden Sie regelmäßig
- Engagieren Sie sich in einer PBI-Regionalgruppe
- Erzählen Sie Ihrem Umfeld von PBI
- Teilen Sie unsere Beiträge auf Social Media: Instagram, Facebook, LinkedIn, Threads, Bluesky

Spenden Sie für bedrohte Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger:innen

Spendenkonto
IBAN: DE14 4306 0967 2020 4060 00
BIC: GENODEM1GLS
Bank: GLS Bank
www.pbi-deutschland.de/spende

Peace Brigades International –
Deutscher Zweig e.V.
Bahrenfelder Str. 101a, 22765 Hamburg
Tel. 040 - 3 89 04 37 - 0
info@pbi-deutschland.de
www.pbi-deutschland.de
Redaktion: PBI Deutschland,
Kristin Menzel (V.i.S.d.P.) Stand: Febr. 2025

Jetzt spenden

